



Erlangen, den 04.08.2015

## **Unterstützung der Aktion „Lernfabriken meutern!“**

*Antrag der studentische Konvent der FAU möge beschließen:*

Die Studierendenvertretung der FAU unterstützt aufgrund inhaltlicher Nähe und teilweiser Überschneidung mit bereits vorhandenen eigenen Positionen die Aktion "Lernfabriken meutern". Dazu bildet und beauftragt der studentische Konvent einen Arbeitskreis, der sich mit der Veranstaltung und Unterstützung von Aktion und der Kommunikation mit weiteren AktivistInnen, an der Aktion "Lernfabriken meutern" beteiligt.

### *Begründung:*

Lernfabriken... meutern ist ein dezentraler, deutschlandweiter Zusammenschluss verschiedener Lerninstitutionen die mit der derzeitigen Situation in der deutschen Bildungslandschaft unzufrieden sind.

Der Zusammenschluss versteht sich als Aktionsbündnis, das sowohl gemeinsame Thesen vertritt, als auch lokale Probleme zum Ausdruck bringen will. Die verschiedenen AkteurInnen vertreten dabei folgende, nicht abgeschlossene Liste an Problemen.

- 1) Bildungszugang für alle
- 2) Demokratisierung der Hochschule
- 3) gegen Ökonomisierung der Hochschule
- 4) enthindert lernen
- 5) Gleichstellung der Geschlechter
- 6) faire Arbeitsbedingungen an (Hoch-)Schulen
- 7) Transparenzklausel an Hochschulen
- 8) Zivilklausel an Hochschulen

Wir sehen inhaltliche Nähe zu vorhandenen eigenen Positionen in folgenden Punkten:

*zu 1)*

In der Forderung nach Teilnahme Geflüchteter an Lehrveranstaltungen (siehe Positionspapier: "Studentische Flüchtlinge an der FAU!" vom 04.02.15) sehen wir inhaltliche Nähe zur Forderung nach Bildungszugang für alle.

Bildung für alle bedeutet weiter auch, Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und ohne einen Haufen Schulden anhäufen oder Zweit- und Drittjobs neben dem Studium annehmen zu müssen. Deshalb sprechen wir uns gegen Bildungsgebühren aus. Das Volksbegehren von 2013 ist auch weiterhin eine klare Absage für Studiengebühren jeder Art. Weder rassistische Modelle, wie Bildungsgebühren für Nicht-{Deutsche, EU, Irgendwas}-BürgerInnen, noch Langzeitstudiumsgebühren oder Zweitstudiumsgebühren und auch keine nachgelagerten Studiengebühren (siehe "Positionspapier zu Studiengebühren", vom 31.10.2012).

zu 2)

Wir fordern die Demokratisierung der Hochschullandschaft.

Studierende und wissenschaftlicher Mittelbau stellen einen großen Teil der Universität dar. Sie werden aber bei Meinungsbildungsprozessen zumeist unverhältnismäßig repräsentiert. Deshalb fordern wir die Einführung einer Viertelparität (siehe Positionspapier: "Demokratie und Mitbestimmung", vom 18.04.2013).

Die BRD sieht demokratische Strukturen in allen gesellschaftlichen Ebenen und Schichten vor. Es ist notwendig diese auch in der Universität sinnvoll und fair zu implementieren, dafür ist die demokratische Selbstorganisation der Studierendenschaft wichtig. Jede Studierendenschaft in Bayern muss das Recht haben sich selbst zu verwalten. Des Weiteren darf ehrenamtliches Engagement nicht durch persönliches Haften in Rechtsfällen und durch finanzielle Fallen behindert werden.

Deshalb fordert die Studierendenvertretung der FAU die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft.

zu 3)

Die Studierendenvertretung setzt sich gegen das Konzept "Unternehmerische Hochschule", nach welchem Hochschulen als DienstleisterInnen verstanden werden, die die Ware Bildung verkauft, ein.

Denn Hochschulen sind Einrichtungen, die Wissenschaft und Bildung vereinen und kein Dienstleister für die Wirtschaft um "Humankapitaleinheiten" zu veredeln. Wir stellen uns gegen weitere Einflussnahme der Industrie auf das Bildungssystem (siehe [1]), wissenschaftliche Ausbildung und nicht spezifische Berufsqualifikation muss im Vordergrund stehen.

Des Weiteren dürfen und sollen einzelne staatliche Hochschulen nicht gegeneinander im Wettbewerb stehen. Hier kritisieren wir die Wichtigkeit von Hochschulrankings (siehe Positionspapier: "Beschränkte Aussagekraft von Hochschulrankings", vom 01.07.2013).

Wir kritisieren weiter, das Bachelor-Master-System.

Der Bachelor hat weder die Anforderung erfüllt ein ausreichend berufsqualifizierender Abschluss zu sein, noch wird der Bachelor, sowie auch der Master der Anforderung gerecht in sechs beziehungsweise vier Semestern Regelstudienzeit sinnvoll studierbar zu sein.

Das BA-MA-System ermöglicht durch volle Stundenpläne, knappe Fristen und die Regelstudienzeit kein gesamtheitliches Studium mehr. Denn Kritisches Denken / Hinterfragen des Lehrplans und Stoffes gehen verloren, wichtiges "Über den Tellerrand schauen" ist kaum möglich. Des Weiteren kann eine Interdisziplinäre Ausbildung nicht durch zehn ECTS Nebenfach ermöglicht werden. Hier stehen die wirtschaftlichen Anforderungen sich selbst im Weg.

Wir fordern eine realistische Umsetzung der Regelstudienzeit. Sie soll wieder als Garantie für Studierenden dienen, wann sie ihr Studium abgeschlossen haben und nicht als Richtlinie, nach der das Studium abgeschlossen sein muss, da ansonsten mit Sanktionen zu rechnen ist.

Auch im Punkt Baufinanzierung fordern wir ein nachhaltiges bayernweites Konzept statt Wettbewerb unter den Hochschulen um Einzel- und Prestigemaßnahmen. Dazu ist es notwendig, dass bayrische Universitäten gemeinsam ein solches Konzept fordern um gegenseitiges Auspielen bei Projekten zu unterbinden.

<b>Postanschrift</b>	<b>Hausanschrift</b>	<b>Telefon</b>	<b>Internet</b>
Postfach 3520 91023 Erlangen	Turnstraße 7 91054 Erlangen	+49 9131 85 26695 <b>Telefax:</b> +49 9131 85 26760	www.stuve.uni-erlangen.de

<b>Bankverbindung</b>
Staatsoberkasse Landshut Bayerische Landesbank München Konto 30 127 92 80 (BLZ 700 500 00)



zu 4)

Die Studierendenvertretung steht hinter der Forderung nach einer offenen und barrierefreien Hochschule.

An der Universität, wie in vielen anderen Teilen der Gesellschaft gilt: Menschen sind nicht behindert - sie werden Behindert. Ab wann man als "behindert" gilt, wird gesellschaftlich konstruiert, deshalb fordern wir enthindertes Lehren und Lernen, denn die heutige Hochschule muss eine inklusive Hochschule sein.

zu 5)

Auch im Punkt Gleichstellung überschneiden sich die Forderungen der Aktion "Lernfabriken meutern" mit denen der Studierendenvertretung.

Noch immer ist die professorale Ebene, sowie die der Doktoranden an der Hochschulen klar männlich dominiert. Dies findet sich selbst in Fächern, die einen sehr hohen Studentinnenanteil haben. Das muss sich ändern.

Bildungschancen müssen unabhängig vom Geschlecht der StudentIn bestehen. Für Studentinnen, Mitarbeiterinnen und Professorinnen muss Studium / Arbeit mit Schwangerschaft vereinbar sein. Studium / Arbeit sowie Schwangerschaft dürfen keine sich ausschließenden Alternativen sein. Weiterhin muss es für StudentInnen, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen mit Kind möglich sein Elternschaft und Studium, wie Arbeit vereinen zu können, zum Beispiel durch sichere KiTa-Plätze.

Gleichstellung umfasst nicht nur Gleichstellung der Geschlechter. Die Studierendenvertretung spricht sich gegen Rassismus aus (siehe Positionspapier: "Gegen Rassismus - kein Platz für Nüguida", vom 04.02.2015). In Zeiten von Pegida und dem verstärkten Auftreten von offen rechten Parteien und Gruppierungen muss auch die Hochschule ein Statement gegen Rassismus äußern. Dabei ist es wichtig auch den Rassismus der Bürgerlichen Mitte klar als solchen zu identifizieren und zu benennen.

Wir fordern eine Hochschule ohne jegliche Form der Diskriminierung.

zu 6)

Wir fordern faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen.

Die meisten Arbeitsverträge an Hochschulen sind befristet, dies behindert Forschung und Lehre. Deshalb sprechen wir uns gegen Kettenverträge aus.

Des Weiteren muss auch nach Einführung des Mindestlohns ein sinnvolles und faires Arbeitspensum möglich sein. Es kann nicht sein, dass nun die gleiche Arbeit in geringerer Zeit zu erledigen ist.

zu 7) und 8)

Die Studierendenvertretung fordert die Einführung einer Zivilklausel an der FAU (siehe Positionspapier Zivilklausel, vom 18.04.13).

Forschung soll nachhaltig Lösungen für globale Konflikte finden, diesem Ziel steht Forschung zu Rüstungszwecken oder Forschung mit militärischem Nutzen klar entgegen.

Ausbleibende, nur Teilweise und auch erst Verspätete Veröffentlichung von Forschungsergebnissen widerspricht dem Sinn einer öffentlichen Forschungseinrichtung. Denn wenn nicht über Forschungsergebnisse offen diskutiert werden kann und diese auch nicht publiziert werden können geht Wissenschaftlichkeit verloren.

Des Weiteren müssen ForscherInnen stets die Folgekonsequenzen ihres Handelns mit im Auge behalten und kritisch hinterfragen. Waffenentwicklung und Verantwortungslosigkeit sind unvereinbar.

Postanschrift	Hausanschrift	Telefon	Internet
Postfach 3520 91023 Erlangen	Turnstraße 7 91054 Erlangen	+49 9131 85 26695 <b>Telefax:</b> +49 9131 85 26760	<a href="http://www.stuve.uni-erlangen.de">www.stuve.uni-erlangen.de</a>

Bankverbindung
Staatsoberkasse Landshut Bayerische Landesbank München Konto 30 127 92 80 (BLZ 700 500 00)



Unter anderem der zweite Weltkrieg hat gezeigt, dass Experimente am Menschen grausam und nicht mit Menschenrechten vereinbar sind. Sie sind also nicht duldbar.

Kriegsforschung ist Forschung am effizienten Töten. Hier brauchen wir Instrumente, welche die moralische Ebene beachten. Solche Instrumente gibt es auch bereits, beispielsweise Ethikkommissionen in der Medizin. Dual-Use Fälle sind zwar nicht immer leicht zu identifizieren, dennoch kann dies möglich sein.

Eine Zivilklausel kann nur sinnvoll umgesetzt werden, wenn sie mit der Forderung nach Transparenz verbunden ist.

Hochschulen sind stark von Drittmittelvergaben abhängig, diese müssen transparent nachvollziehbar sein.

#### Quellen:

[1] <http://www.studis-online.de/HoPo/art-1830-bologna-nachfolgekonferenz2015.php>

<b>Postanschrift</b>	<b>Hausanschrift</b>	<b>Telefon</b>	<b>Internet</b>
Postfach 3520 91023 Erlangen	Turnstraße 7 91054 Erlangen	+49 9131 85 26695 <b>Telefax:</b> +49 9131 85 26760	<a href="http://www.stuve.uni-erlangen.de">www.stuve.uni-erlangen.de</a>

<b>Bankverbindung</b>
Staatsoberkasse Landshut Bayerische Landesbank München Konto 30 127 92 80 (BLZ 700 500 00)